



Trumps Vorstoß gegen Migration aus „armen Ländern“ markiert eine neue Stufe restriktiver US-Einwanderungspolitik

Am 28. November 2025 kündigte Donald J. Trump in einer medial breit beachteten Erklärung an, er wolle die Einwanderung aus sogenannten „armen Ländern“ dauerhaft aussetzen. Es sei an der Zeit, „Amerikas Grenzen gegen das Chaos der Dritten Welt zu sichern“. Einwanderung solle nur noch dann erfolgen, wenn der Zuwanderer ein „nachweislicher Netto-Nutzen“ für die USA sei. Die Debatte um diesen radikalen Vorschlag berührt zentrale Fragen von Verfassung, Menschenrechten und internationaler Ordnung – und könnte zum Lackmustest für die künftige Ausrichtung westlicher Migrationspolitik werden.

Die Formulierung „poor nations“ bleibt in Trumps Ankündigung bewusst vage. Eine offizielle Liste liegt bislang nicht vor. Der Begriff knüpft jedoch an bekannte Narrative von „Shithole countries“ und geopolitisch diskriminierenden Kategorien an, die bereits während Tramps erster Amtszeit Kontroversen auslösten. Damals wie heute wird nicht nur mit Ressentiments operiert, sondern auch mit weitreichenden strukturellen Eingriffen in das Einwanderungssystem.

Von der Quotenpolitik zur Herkunftssperre

Historisch betrachtet wäre ein pauschales Einreiseverbot nach wirtschaftlicher Herkunft ein Bruch mit den Grundprinzipien des modernen US-Einwanderungsrechts. Der Immigration and Nationalization Act von 1965 hatte das zuvor geltende Quotensystem auf Basis nationaler Herkunft abgeschafft. Stattdessen rückten seither Kriterien wie Familienzusammenführung, Arbeitskräftebedarf und humanitärer Schutz in den Vordergrund. Die Reform von 1965 war eine direkte Antwort auf Jahrzehnte eines rassistisch geprägten Migrationsregimes, das etwa Einwanderung aus Asien, Afrika oder Lateinamerika gezielt einschränkte.

Zwar gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Bestrebungen, das System stärker zu ökonomischen Kriterien hin auszurichten – etwa mit dem von Trump 2017 vorgestellten RAISE Act, der ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild vorsah. Doch selbst diese Vorschläge vermieden eine Kategorisierung nach Herkunftsland. Das nun aviserte Verbot würde einen fundamentalen Paradigmenwechsel darstellen: von einem selektiv leistungsbezogenen Ansatz hin zu einem generalisierenden Territorialausschluss.



Rechtsstaat unter Druck

Juristisch ist ein pauschales Einreiseverbot auf Basis ökonomischer Entwicklungslage höchst problematisch. Die US-Verfassung kennt keine explizite Gleichstellungsklausel für Nicht-Staatsbürger – dennoch ist die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen nach Herkunft schwer mit dem Grundsatz individueller Prüfung vereinbar, wie ihn auch internationale Abkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention fordern. Das Individualprinzip ist zentraler Pfeiler westlicher Rechtsstaatlichkeit: Jeder Antrag auf Asyl, auf Aufnahme, auf Aufenthalt muss anhand persönlicher Umstände geprüft werden.

Trumps Vorstoß umgeht diese Logik. Er setzt voraus, dass Herkunft allein Rückschluss auf Integrationsfähigkeit, ökonomische Leistungsfähigkeit oder gesellschaftliche Kompatibilität zulässt – ein Argumentationsmuster, das nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch empirisch widerlegt ist.

Die Realität internationaler Migration

Zahlreiche Studien widerlegen die Annahme, Migration aus „armen Ländern“ sei per se problematisch. Eine Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung (2024) zeigt: Die ökonomische Herkunft eines Migranten sagt wenig über dessen Integrationsaussichten oder Beitrag zum Arbeitsmarkt aus. Vielmehr spielen Bildung, Alter, Sprachkenntnisse und Aufnahmestrukturen entscheidende Rollen. Auch die Kriminalitätsraten unter Migranten zeigen laut Untersuchungen des Migration Policy Institute kein signifikant höheres Niveau in Abhängigkeit vom Herkunftsland.

Hinzu kommt der demografische Aspekt: Die USA – wie viele westliche Staaten – sehen sich mit alternden Bevölkerungen und Fachkräftemangel konfrontiert. Gerade Menschen aus Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen sind oftmals bereit, Tätigkeiten in unbeliebten Bereichen zu übernehmen. Ein rigoroser Ausschluss würde nicht nur humanitäre, sondern auch wirtschaftliche Kosten nach sich ziehen.

Globale Verantwortung oder Abschottung?

Auch außenpolitisch setzt der Vorschlag ein heikles Signal. Die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen Jahrzehnten stets eine Doppelrolle eingenommen: als Fluchtursache – etwa



durch militärische Interventionen – ebenso wie als Zufluchtsort. Der pauschale Ausschluss von Menschen aus strukturell benachteiligten Regionen entzieht dieser doppelten Verantwortung die Grundlage. Er delegitimiert internationale Normen wie das Recht auf Asyl und schwächt multilaterale Ansätze zur Lösung globaler Krisen.

Für viele Länder des globalen Südens ist Migration ein soziales Sicherheitsventil. Geldsendungen von Migranten machen in Staaten wie Nepal, Haiti oder El Salvador bis zu 20 % des BIP aus. Wird dieses Ventil geschlossen, steigt der Druck auf ohnehin fragile Gesellschaften. Migrationsvermeidung durch Abschottung erzeugt nicht Stabilität, sondern Destabilisierung – mit Folgekosten, die auch den Westen treffen.

Ein Wahlkampfmanöver mit System

Politisch reiht sich Trumps Ankündigung ein in eine Strategie gezielter Provokation. Bereits 2017 hatte die Regierung mit dem „Muslim Ban“ versucht, Einreisen aus überwiegend muslimischen Ländern zu unterbinden – ein Vorhaben, das erst nach mehreren Anläufen vom Supreme Court in abgeschwächter Form durchgewunken wurde. Auch das jetzige Vorhaben dürfte auf juristischen Widerstand stoßen, könnte aber im Wahlkampf der Zwischenwahlen mobilisierend wirken.

Die Forderung nach „Netto-Nutzen“ und „Null-Kosten-Migration“ spricht ein Publikum an, das Globalisierung, Migration und kulturellen Wandel zunehmend kritisch sieht. Dabei ersetzt der Vorschlag keine Reform des US-Einwanderungssystems – sondern bietet ein einfaches Feindbild: den Anderen, den Fremden, den Armen.

Was auf den ersten Blick wie ein instrumenteller Tabubruch erscheinen mag, ist in Wirklichkeit ein ideologisches Projekt: Migration wird nicht als Bestandteil globaler Realität, sondern als Bedrohung nationaler Homogenität verstanden. Der Preis dafür ist hoch – für Rechtsstaatlichkeit, für internationale Ordnung und für den inneren Zusammenhalt pluraler Demokratien.

Autor: P. Tiko